

**Titel** Europa: demokratisch, solidarisch, gerecht

**AntragstellerInnen** Bayern

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Europa: demokratisch, solidarisch, gerecht

### 1 I) Einleitung

2 Europa verändert sich fortlaufend. Unsere Antworten auf die Probleme unserer Zeit müssen sich diesem Wandel  
3 anpassen. Wir dürfen dabei aber nicht unser Ziel aus den Augen verlieren: Ein freies, gerechtes, solidarisches Europa.  
4 Die europäische Idee sieht sich wie nie zuvor existenziellen Anfeindungen ausgesetzt. Rassismus und Nationalismus  
5 bedrohen unsere europäische Einheit. Die Banken sind gerettet, der Zwang zur Sparpolitik führt aber noch immer  
6 Elend für die Menschen mit sich. Der drohende Brexit und ein bewaffneter Konflikt an der Ostgrenze erschüttern  
7 unseren Kontinent. Die Migrationsbewegungen sind zu einer der wichtigsten Aufgaben und Herausforderungen der  
8 Politik geworden und haben unsere Gesellschaft entzweit. Wir Sozialist\*innen sind deshalb gerade besonders in der  
9 Pflicht, Europa zu verteidigen – als die einzige Kraft in Europa, die schon immer voller Mut und Überzeugung für  
10 Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft hat. Nur gemeinsam mit unseren europäischen Schwesterparteien  
11 können wir unsere europäische Idee wieder anpacken, nämlich für ein freies, gerechtes und solidarisches Europa zu  
12 kämpfen.

### 13 II) Das Europa der Zukunft

14 Europa braucht eine neue Ausrichtung. Wir haben eine Vision und wir schreiten auf diesem Weg mutig voran, um die  
15 Vereinigten Staaten von Europa zu realisieren.

### 16 1) Demokratie

17 Das Demokratieverständnis innerhalb der EU ist noch sehr ausbaufähig. Eine demokratische Europäische Union muss  
18 dafür Sorge tragen, dass ihre Strukturen sich so verändern, dass die Menschen in Europa wieder über Wahlen und  
19 andere Beteiligungsformate der Politik spürbar eine Richtung geben. Wir sehen mit Sorge, dass sich seit der Finanz-  
20 krise in den Jahren 2008/2009 mehr und mehr europäische Strukturen gebildet haben, die keinerlei demokratischer  
21 Kontrolle unterliegen. Die einzelnen Mitgliedstaaten versuchten in den vergangenen Jahren zunehmend, ihre Eigen-  
22 interessen durchzusetzen, vor allem bei der Eurorettung und der Migrationspolitik.

23 Die Etablierung neuer, von demokratischer Legitimation losgelöster Politikstrukturen wie der Troika haben die euro-  
24 päische Demokratie nachhaltig erschüttert. Auch die über die letzten Jahrzehnte etablierten Agenturstrukturen, die  
25 sich der demokratischen Kontrolle entziehen, obwohl sie als handlungsmächtige Akteurinnen innerhalb der Europäi-  
26 schen Union wirken (siehe bspw. Frontex), entspricht nicht unseren Vorstellung einer demokratisch ausgestalteten  
27 Union. Eine solche EU ist nicht unsere EU. Für uns müssen die demokratischen Errungenschaften, die in den einzelnen  
28 Ländern über Jahrhunderte erkämpft werden mussten, auch auf überstaatlicher Ebene gelten

### 29 a) Parlament

30 Das Parlament ist die Vertretung und Stimme des Volkes. Ein starkes Parlament trägt dazu bei, alle Schichten der  
31 Gesellschaft einzubinden, es führt die erforderlichen Debatten und kann dadurch Spaltungen der Gesellschaft ver-  
32 meiden.

33 Wir wollen daher das Europäische Parlament stärken und erreichen, dass es nicht nur ein symbolisches, sondern ein  
34 vollwertiges Parlament ist. Dafür sind insbesondere das Recht, Gesetzesvorschläge einzubringen, und das Haushalts-  
35 recht über die Ausgaben der EU erforderlich.

36 Außerdem fordern wir die Einführung einer zweiten Kammer des Parlaments, die den bisherigen Minister\*innenrat  
37 und den Europäischen Rat ersetzen soll. Diese Zweite Kammer soll aus demokratischen Repräsentant\*innen be-  
38 stehen und neben der Ersten Kammer in ihren Rechten und Pflichten gleichwertig sein. Insbesondere sollen Gesetze  
39 künftig nicht allein durch die Länderkammer beschlossen werden können. Anstelle des bisher geltenden Einstim-  
40 migkeitsprinzips soll künftig vermehrt auch eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten für die Beschlussfassung  
41 ausreichend sein, so dass einzelne Staaten wichtige Entscheidungen nicht mehr blockieren können.

42 Durch eine dritte Kammer als Vertretung sozialer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Körperschaften sollen  
43 klare institutionelle Strukturen geschaffen werden, um zivilgesellschaftliche Interessen zu kanalisieren, klare Regeln  
44 für Bürger\*inneninitiativen zu schaffen und die Schwäche direktdemokratischer Elemente auszugleichen.

45 Der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen bleiben als beratende Gremien erhalten. Letz-  
46 terer bekommt ein aufschiebendes Vetorecht bei Gesetzesentwürfen, die speziell die Regionalpolitik betreffen.

#### 47 *b) Exekutive*

48 Neben dem Parlament als starker legislativer Gewalt brauchen wir künftig auch eine vollwertige Exekutive in der  
49 Europäischen Union. Diese Exekutive soll nicht mehr nur als ein "verlängerter Arm" der Mitgliedstaaten nationalen  
50 Interessen dienen, sondern vom Parlament kontrolliert und über demokratische Wege gebildet werden. Die Kom-  
51 mission soll zu einer echten europäischen Regierung werden, deren Präsident\*in vom Parlament gewählt und die  
52 vom Parlament kontrolliert wird. Der Entwicklungsprozess dahin muss demokratisch und transparent sein und die  
53 Zeit bekommen, die er braucht.

#### 54 *c) Judikative*

55 Auch bei der Dritten Gewalt, der Judikative, ist eine Weiterentwicklung nötig.

56 Das Europäische Gericht muss gestärkt und der Europäische Gerichtshof zu einem Verfassungsgericht ausgebaut  
57 werden. Einer vollwertigen Exekutive und Legislative ist eine starke und funktionierende Judikative entgegenzustel-  
58 len, deren Aufgabe insbesondere der Schutz von Demokratie, Föderalismus, Sozialstaat, Rechtsstaat und antifaschis-  
59 tischem Selbstverständnis ist. Auch hier muss der Prozess demokratisch und transparent verlaufen.

#### 60 2) Zur europäischen Verfassung

61 Europa steht an einem Scheideweg. In den letzten Jahren hat sich vor allem die Frage nach kleinen Veränderungen  
62 Europäischen Union gestellt. Nach mehreren Krisen ist jedoch das gesamte bisherige System auf dem Prüfstand.

63 Insbesondere die Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 hat gezeigt, dass allein der Glaube an wirtschaftliches  
64 Wachstum und wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht ausreicht, um ein solidarisches Zusammenleben in Europa zu  
65 ermöglichen. Der Kapitalismus steckt in einer Krise. Griechenland ist neben Portugal, Spanien und Italien das bekann-  
66 teste Beispiel dafür, wie Solidarität der Länder untereinander mehrfach aufgekündigt und dadurch eine Spirale nach  
67 unten eröffnet wurde.

68 Nicht zuletzt daraus erwuchs der gesteigerte Zulauf an Wähler\*innen für rechtspopulistische, nationalistische und  
69 faschistische Parteien. Durch die fehlende demokratische Legitimierung der Europäischen Institutionen wurde die  
70 Abwendung der Menschen vom Prozess der Europäischen Vereinigung noch verstärkt.

71 Umso mehr sehen wir es als Aufgabe der Sozialdemokratischen Bewegung, den Glauben in demokratische Institu-  
72 tionen, sozialen Zusammenhalt und ein gerechtes demokratisches Miteinander sicherzustellen und aufzubauen.

73 Unser Ziel ist eine demokratische Europäische Verfassung mit sozialen Grundprinzipien.

#### 74 *a) Ein neues Europa vereint unter einer Verfassung*

75 Die von uns geforderte Europäische Verfassung soll der EU eine einheitliche Rechtsstruktur geben und die EU endlich  
76 zu einer Sozialunion machen.

77 Für die Ausarbeitung einer neuen europäischen Verfassung fordern wir die Gründung eines europäischen Verfas-  
78 sungskonvents ("Kontinentaler Konvent"). Dieser Konvent soll zusammengesetzt sein aus Vertreter\*innen der Par-  
79 lamente sowie der Zivilgesellschaft. Die europäische Verfassung wollen wir über das Europäische Parlament, die  
80 Parlamente der Mitgliedsstaaten und ein europaweites Referendum beschließen und in Kraft treten lassen.

81 Diese Verfassung wird beschlossen durch:

82 1) eine 2/3-Mehrheit des europäischen Parlaments und

83 2) ein europaweites Referendum

84 Dabei sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, über den Entstehungsprozess und den Inhalt der Verfassung zu infor-  
85 mieren.

86 *b) Ein neues Europa der sozialen Sicherheit*

87 Diese Europäische Verfassung soll den bestehenden demokratischen Grundrechtekatalog und das Recht auf Arbeit  
88 sicherstellen sowie die Mechanismen einer sozialen Arbeitsmarktsteuerung definieren. Sozialpartner\*innenschaft  
89 und Kommissionen für soziale Standards müssen mit Verfassungsrang gesichert werden. Die Entwicklung eines eu-  
90 ropäischen Sozialstaates ist unserer Auffassung nach die dringend notwendige Antwort für die europäische Krise.  
91 Europa wie wir es heute kennen ist gewachsen als ein Europa der Zollunion und Warenfreiheit, mit dieser rein ka-  
92 pitalistischen Logik Europas wollen wir brechen. Soziale Absicherungssysteme sind die sozialdemokratische Antwort  
93 auf individuelle Risiken. Diese sind bisher in den Nationalstaaten unterschiedlich ausgebaut, mit unterschiedlichen  
94 Traditionen und dahinter stehenden Überlegungen. Wir wollen über die festgelegten und in Teilen leider nur für man-  
95 che Länder Europas auch in der EU geltenden Sozialrechtsstandards (bspw. im Europäischen Fürsorgeabkommen, in  
96 Teilen in den EU-Verträgen über Arbeitsrechtsstandards usw.) hinaus weiter denken.

97 Alle Menschen in Europa stehen unterschiedlichen durch ihre jeweiligen Lebensverhältnisse beeinflussten Risiken  
98 gegenüber. Sozialdemokratie möchte diese schon immer kollektiv und gesamtgesellschaftlich absichern. Ausgangs-  
99 punkt sozialdemokratischer Politik sind dabei die Arbeitsverhältnisse, da Arbeit für uns den zentralen gesellschaftli-  
100 chen Integrationspunkt darstellt. Für alle im Folgenden beschriebenen Risiken müssen langfristig europäische staatli-  
101 che Anspruchsvoraussetzungen entstehen und die nationalstaatlichen Regelungen ohne jedwede Schlechterstellung  
102 vorhandener Ansprüche in europäische überführt werden:

- 103 • Wir wollen das durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedingte Risiko der Arbeitslosigkeit genauso  
104 wie das der Armut absichern. Beide sind nicht in den mangelnden Einsatzbereitschaft oder Anstrengungen von  
105 Individuen begründet sondern primär Produkt der gesamtgesellschaftlichen Umstände.
- 106 • Des Weiteren gehören Gesundheitsrisiken, ob durch Arbeit bedingt oder davon unabhängig und Pflegebe-  
107 dürfnisse ob vor, im oder nach dem Arbeitsleben entstanden, hinzu.
- 108 • Der letzte Lebensabschnitt soll nach nach unserem Dafürhalten frei von Erwerbsarbeitszwang sein und in  
109 diesem soll ermöglicht sein den bisherigen Lebensstandard zu halten.
- 110 • Ein letztes besonderes Augenmerk ist die Absicherung vor dem Erwerbsleben, in dem Kinder unabhängig  
111 von dem sozio-ökonomischen Umfeld ihrer Erziehungspersonen ebenfalls vor dem Risiko faktischer Armut  
112 abgesichert sein müssen.

113 Grundlegend ist für uns, dass die zu bildende europäische Arbeitslosenversicherung wie auch die europäische Ar-  
114 mtsbekämpfung, die europäische Gesundheits- und Pflegeversicherung sowie die europäische Rentenversicherung  
115 nicht nur über Einzahlungen von Arbeitnehmer\*innen geschaffen werden, sondern über eine Installierung einer eu-  
116 ropäischen Besteuerung transnationaler wie nationaler Unternehmen sowie von Kapitaleinkünften grundfinanziert  
117 wird.) *Ein neues Europa der demokratischen Grundprinzipien*

118 Die Struktur der Hoheitsaufgaben der Union und ihrer Mitgliedsstaaten muss grundlegend überarbeitet werden. Wir  
119 sehen die Union dabei als ein föderal organisiertes, souveränes gesellschaftliches Gebilde. Das Kontinentale Konvent  
120 wird das europäische Gemeinschaftsprojekt nach sozialen und demokratischen Gesichtspunkten umbauen.

121 Ohne ein starkes Parlament kann kein funktionierendes Staatsgebilde geformt werden. Insbesondere das  
122 Gesetzgebungs- und Haushaltsrecht sind für eine Volksvertretung, die den Namen verdient, unerlässlich. Nur ein

123 effektives und aktives Parlament, das sich für die Interessen seiner Bürger\*innen einsetzt, kann neues Vertrauen in  
124 das Europäische Projekt herstellen.

125 Dem parlamentarischen Prozess räumen wir hierbei eine dreifache Repräsentanz ein. An diesem sind die Vertre-  
126 ter\*innen gewählt aus der Gesamtheit aller in der Europäischen Union lebenden Menschen, die Vertreter\*innen  
127 aller Regionen der Union und die Vertreter\*innen der sozialen, wirtschaftlichen, gemeindlichen und kulturellen Kör-  
128 perschaften beteiligt.

129 Unser Europa ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Drei-Kammer-System, in dem eine direkt gewählte  
130 erste Kammer mit Initiativrecht und Budgethoheit einer regional organisierten zweiten Kammer gegenübergestellt  
131 ist. Die komplett neu geschaffene dritte Kammer repräsentiert die großen der sozialen, wirtschaftlichen, bürger\*in-  
132 nenrechtlichen und kulturellen Körperschaften wie Gewerkschaften und Umweltverbände und hat das Initiativrecht  
133 für eine europäische Bürger\*innenbefragung. Die Exekutive wird ausschließlich vom Parlament bestimmt.

134 Demokratie lebt von der Beteiligung der Menschen. Das Konstrukt der Union und seiner Mitgliedsstaaten muss so ge-  
135 staltet sein, dass Demokratie erlebbar auf allen Ebenen ist und bleibt. Dies bedeutet neben der Organisation in Nicht-  
136 staatlichen Organisationen, sowie Parteien und Gewerkschaften auf kommunaler, regionaler wie nationaler Ebene  
137 auch ein funktionierendes, gerechtes europäisches Wahlrecht, sowie ein funktionierendes Parteiensystem.

138 Die Zeiten, in denen sich Regierungen im Europäischen Rat über den Willen der gewählten Volksvertreter\*innen  
139 hinwegsetzen und damit das Grundprinzip repräsentativer Demokratie in Frage stellen konnten, sind vorbei. Wir  
140 wollen sicherstellen, dass Europas Menschen ebenso wie die Regionen dieses Kontinents repräsentiert sind und an  
141 der Bildung des rechtlichen Rahmens beteiligt sind.

142 Die Menschenrechte sind das Fundament einer demokratischen Gesellschaft und für uns nicht verhandelbar. Vor-  
143 aussetzung für ein gerechtes Europa ist eine soziale und demokratische Grundordnung. Daher definieren wir Grund-  
144 prinzipien unseres europäischen Gemeinwesens. Diese bilden das Grundgerüst des jungsozialistischen europäischen  
145 Verfassungstrebens.

146 1. Alle Macht geht vom Europäischen Volke aus, das im gesamten Gebiet der Europäischen Union lebt. Die Men-  
147 schen Europas bestimmen in Wahlen und Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip die Organe der Euro-  
148 päischen Union und deren Gesetzgebung. Unser Europa ist ein demokratisch organisierter Staat.

149 2. Europa steht solidarisch mit allen, die der Hilfe bedürfen. Dies geht nur wenn alle Menschen Hand in Hand  
150 miteinander leben, arbeiten und füreinander eintreten. Es gilt das Prinzip, dass sich jede Person auch nach  
151 ihren\*seinen materiellen Bedürfnissen frei entfalten kann. Unser Europa ist ein sozialer Staat.

152 3. Jede einzelne Ebene der Demokratie und Verwaltung muss für die Aufgaben zuständig sein, die am besten  
153 zu ihr passen. Dabei muss ein gerechter Ausgleich zwischen einer zentralen Konzentration von Macht und  
154 der Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten gefunden werden. Wir stehen für ein Europa der  
155 Selbst- und Mitbestimmung seiner Menschen. Um diese Ziele zu erreichen brauchen wir eine Organisation  
156 in Form der einzelnen Mitgliedstaaten, weshalb die Antwort nur ein regionales und föderales Europa sein  
157 kann. Um das friedliche Zusammenleben zu sichern, ist die Wahrung von Freiheiten institutionell zu gewähr-  
158 leisten. Europa hat die Grund- und Menschenrechte aller Verfassungen seiner Mitgliedstaaten zu achten und  
159 zu verteidigen. Die Union garantiert und sichert das ungehinderte Funktionieren horizontaler wie vertikaler  
160 Gewaltenteilung. Europa ist ein Rechtsstaat.

161 4. Aus der Tradition des Kampfes gegen Faschismus, Nationalsozialismus und Tyrannei aus der Zwischenkriegs-  
162 zeit, des zweiten Weltkriegs und seiner ideologischen Nachfolger\*innen und Mitstreiter\*innen steht Europa  
163 für uns vereint im Kampf gegen rechten Radikalismus, Menschenfeindlichkeit und Verhetzung. Europa fußt  
164 daher auf dem Fundament des Antifaschismus.

165 5. Die Union beruht auf den Werten der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und  
166 Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Rechte Angehöriger von Minderheiten. Diese Werte sind den Mitgliedern  
167 in der europäischen Gesellschaft gemeinsam, in der Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtig-  
168 keit, Solidarität und die Gleichstellung von Frauen und Männern selbstverständlich sind.

169 Für uns ist klar, dass eine demokratische Ordnung nur durch größtmögliche demokratische Freiheiten und Rechte  
170 sichergestellt werden kann. Daher fordern wir europaweite einheitliche Listen der Parteien für die Wahl des Europäi-  
171 schen Parlaments an Stelle von 28 nationalen Einzelwahlen mit 28 unterschiedlichen Wahlsystemen. Somit wird in  
172 Zukunft jede Stimme das gleiche Gewicht haben. Gleichzeitig muss Deutschland als bislang größter Mitgliedsstaat der  
173 EU dafür Sorge tragen, dass kleinere Mitgliedsstaaten und deren Angehörige weiter angemessen auf allen europäi-  
174 schen Entscheidungsebenen repräsentiert sind. Um dem regionalen und föderalen Element bei Wahlen Rechnung zu  
175 tragen, setzen wir uns auf Basis der Gleichgewichtung aller Stimmen für eine Weiterentwicklung des Wahlsystems im  
176 europäischen Sinne ein, um klarzustellen, dass es sich um eine ganz Europa betreffende Wahl handelt. Dafür streben  
177 wir die Einrichtung transnationaler, regionaler Mehrpersonenwahlkreise an.

178 Ebenso fordern wir die Trennung des Wahlrechts von der Staatsbürgerschaft. Wir wollen, dass alle Menschen, die  
179 sich mindestens seit drei Monaten dauerhaft an einem Wohnsitz innerhalb der EU aufhalten und die die entspre-  
180 chenden Wahlalter erreicht haben, in der Europäischen Union das Wahlrecht erhalten. Grundlage jeder Diskussion  
181 über Partizipation in Europa und die Aufwertung des europäischen Parlaments muss damit eine Vereinheitlichung  
182 des Wahlrechts in Europa sein, die zum gleichen Gewicht jeder europäischen Stimme führt, ganz gleich aus welcher  
183 Nation oder für welche Partei sie abgegeben wird.

184 Ferner fordern wir ebenso im Bereich des Wahlalters eine möglichst große Partizipation der Menschen in Europa und  
185 daher ein aktives und passives Wahlalter ab 14 Jahren.

186 III) Das Europa von Morgen

187 Doch auch schon heute gilt es nicht nur zu träumen, sondern die ersten Schritte hin zu den Vereinigten Staaten von  
188 Europa zu gehen, indem wir die Probleme von heute anpacken und lösen.

189 1) Europa der klaren Mitgliedschaft

190 Europa bedeutet Gemeinschaft und Solidarität. Es soll wachsen und jeder Mitgliedstaat seinen gleichberechtigten  
191 Platz innerhalb der Union finden. Im Lichte des Brexit und des Erstarkens der antieuropäischen Parteien in vielen  
192 Ländern ist zu befürchten, dass nicht nur in Großbritannien über einen Austritt nachgedacht wird. Das Ziel muss  
193 sein, die EU so attraktiv wie möglich zu machen und klarere Regeln zu schaffen, wenn es um das Verlassen der  
194 Europäischen Union geht.

195 Derzeit ist das Austrittsverfahren in Art. 50 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) geregelt. Nach der Er-  
196 klärung des Austritts hat der betroffene Mitgliedsstaat zwei Jahre Zeit, um die EU zu verlassen. Während dieser Zeit  
197 kann der austrittswillige Staat aber nicht mehr mitentscheiden, wenn es um Entscheidungen der EU zum Austritt  
198 geht. Eine Fristverlängerung kann nur einstimmig durch die Mitgliedstaaten beschlossen werden. In Art. 50 EUV ist  
199 außerdem das Prinzip verankert, dass kein Mitgliedstaat gezwungen werden kann, die EU zu verlassen. Dies bedeu-  
200 tet dass eine Austrittserklärung bis zum Ablauf der zwei Jahre nur einseitig zurückgenommen werden kann. Der bis  
201 dahin stattgefundene Austrittsprozess ist dann als hinfällig zu betrachten.

202 Der so bestehende Art. 50 EUV wirft daher verschiedene Probleme auf. Durch die Möglichkeit, die Austrittserklärung  
203 in den zwei Jahren jederzeit einseitig wieder zurückzunehmen, macht sich die EU erpressbar. Staaten fällt es leicht,  
204 mit einem Austritt zu drohen und sogar den Prozess in Gang zu setzen, wenn sie wissen, dass sie innerhalb eines  
205 Augenblicks alles ungeschehen machen können. Dieses Problem besteht aber auch andersrum. Will ein Mitgliedstaat  
206 ernsthaft austreten und die Verhandlungen sind nach zwei Jahren noch nicht abgeschlossen, könnten Ansprüche an  
207 den austretenden Mitgliedstaat gestellt werden, um der nur einstimmig möglichen Fristverlängerung zuzustimmen  
208 und so einen harten Exit zu verhindern.

209 Deshalb fordern wir, die EU weniger erpressbar zu machen, indem man zum einen eine Kostenregelung in den Art.  
210 50 EUV aufnimmt, nach der der austretende Mitgliedstaat gemäß seinem Bruttoinlandsprodukt an den Kosten des  
211 Austrittsprozesses beteiligt wird – unabhängig davon, ob der Austritt vollzogen wird oder nicht. Zum anderen soll der  
212 austretende Mitgliedsstaat die Kosten des Austrittsprozesses tragen, die einen längerfristigen Zeitraum betreffen als  
213 zwei Jahre. Das gilt allerdings nur für den Rat und nicht im Parlament.

214 Wir fordern außerdem, dass Mitgliedstaaten, die wirklich austreten wollen, nicht erpressbar sein dürfen. Deshalb  
215 soll die in Art. 50 II EUV verankerte einstimmige Entscheidung zur Fristverlängerung in eine Mehrheitsentscheidung  
216 umgewandelt werden.

217 2) Miteinander Leben

218 Die Welt wird immer kleiner, doch trotzdem entfernen sich die Europäer\*innen zunehmend voneinander. Die Spal-  
219 tung zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West nimmt immer weiter zu. Hinzu kommen nationalistische, iso-  
220 lationistische und separatistische Bewegungen, die ihr Land zu einer geschlossenen Gesellschaft nur für geladene  
221 Gäste machen wollen. Der Gedanke der europäischen Gleichheit und Einigkeit keimt aber dennoch, wie man bei Be-  
222 wegungen wie Pulse of Europe sehen konnte. Es muss uns also ein großes Anliegen sein, die Kulturen zu verbinden,  
223 die Kommunikation untereinander zu stärken und ein Gemeinschaftsgefühl zu schaffen.

#### 224 *a) Europäische Öffentlichkeit*

225 Eine europäische Öffentlichkeit trägt zur Identitätsfindung bei, bringt die Menschen in einem solidarischen Verständ-  
226 nis näher zueinander und trägt zur Überwindung nationalstaatlicher Identitäten und für größere Zustimmung zur  
227 Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bei. Daher müssen Europäische Entscheidungen transparenter wer-  
228 den. Dafür brauchen wir mehr gemeinsame europäische Medien, denn nur so kann ein Machtzuwachs Europas le-  
229 gitimiert werden. Die zunehmende Verbreitung und Erstellung von Nachrichten im Internet und auf sozialen Medien  
230 können dazu dienen, eine europäische Öffentlichkeit zu befördern, da in Echtzeit alle Europäer\*innen die bereitge-  
231 stellten Informationen produzieren, konsumieren und teilen können. Diese Potentiale gilt es stärker zu nutzen, ohne  
232 dabei die Risiken zu missachten.

#### 233 *b) Sprache verbindet*

234 Europa zeichnet sich durch eine Vielfalt an Kulturen und Sprachen aus, die es zu erhalten und fördern gilt. Wir hal-  
235 ten an der Sprachpolitik der EU fest, die die Dreisprachigkeit aller Europäer\*innen durch Sprachunterricht ab früher  
236 Kindheit nach der Formel „Muttersprache+2“ fördert. Wir sind überzeugt, dass der Fremdsprachenunterricht mit Ein-  
237 tritt in die Grundschule beginnen sollte. Wir halten das Ziel einer Dreisprachigkeit für richtig, um die Kommunikation  
238 aller Europäer\*innen miteinander zu fördern. Zudem müssen flächendeckend kostenlose Sprachkurse angeboten  
239 werden, um den Menschen auch nach der Schulzeit das nachträgliche Erlernen weiterer Sprachen zu ermöglichen.c)

#### 240 *Europa verbinden*

241 Für den kulturellen, zwischenmenschlichen und geschäftlichen Austausch unter europäischen Bürger\*innen, und da-  
242 mit das Zusammenwachsen von Europa, ist Mobilität von großer Bedeutung. Um die Mobilität von Menschen und  
243 auch Gütern innerhalb Europas zu ermöglichen, bedarf es einer europäischen Verkehrsinfrastruktur. Diese Verkehrs-  
244 infrastruktur soll im Besitz der Allgemeinheit sein und allen europäischen Bürger\*innen diskriminierungsfrei und  
245 kostenfrei zur Verfügung stehen.

246 Verkehrsinfrastrukturprojekte von europäischer Bedeutung werden auf europäischer Ebene unter Einbindung der  
247 beteiligten Staaten beschlossen. Diese Projekte sind im Interesse der Allgemeinheit zu einem festgelegten Datum  
248 verbindlich umzusetzen, um einen „Flickenteppich“ zu vermeiden. Wir verweisen an dieser Stelle auf eine Kompe-  
249 tenzverteilung im Rahmen der von uns geforderten Subsidiarität. Dies bedeutet, dass lokale Verkehrsinfrastruktur-  
250 projekte lokal entschieden und projektiert werden sollen. Projekte von europäischer Bedeutung müssen dagegen  
251 auf europäischer Ebene entschieden und durchgeführt werden.

252 Der Ausbau der Schieneninfrastruktur sowie von Einrichtungen für den kombinierten Verkehr soll priorisiert wer-  
253 den, um den Kohlenstoffdioxidausstoß zu verringern. Durch den Ausbau eines Schienennetzes mit Hochgeschwin-  
254 digkeitsverbindungen sollen Flüge zwischen europäischen Großstädten reduziert werden. Durch die europaweite  
255 Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung von Flugtickets soll die Wettbewerbsfähigkeit des umweltverträglicheren  
256 Schienenverkehrs erhöht werden. Eine Förderung des Nachtzugverkehrs zum Verbinden europäischer Metropolen  
257 ist anzustreben. Zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sind grenzüberschreitende Verkehrsverbünde  
258 auszuarbeiten um mit durchgehenden Verbindungen Hindernisse für Berufspendler\*innen und Reisende im grenz-  
259 überschreitenden Regionalverkehr abzubauen. Die Notwendigkeit von offenen Grenzen wird hierbei unterstrichen.

260 Insbesondere für junge Menschen ist es wichtig, in Europa mobil zu sein und Europa erfahren zu können. Deshalb  
261 fordern wir bereits jetzt ein kostenloses Interrailticket zum 18. Geburtstag. Grundsätzlich sollen alle Mobilitätsdienst-  
262 leistungen in sämtlichen Verkehrssektoren, bis die Verkehrsinfrastruktur kostenlos nutzbar ist, für Jugendliche unter  
263 26 Jahren vergünstigt zur Verfügung gestellt werden. Dies muss unabhängig von Rabattprogrammen erfolgen, allein  
264 das Alter muss ein ausreichendes Kriterium darstellen.

265 Mobilitätsprogramme wie ERASMUS+, die nicht nur auf das Reisen beschränkt sind, leisten einen wertvollen Bei-  
266 trag, junge Menschen aus ganz Europa während des Studiums oder der Ausbildung in Kontakt zu bringen. Diese  
267 Programme gilt es weiter zu fördern und auszubauen. Darüber hinaus wünschen wir einen verstärkten Austausch

268 unter europäischen Bürger\*innen in sämtlichen Lebensphasen. Die Schaffung und Förderung von regelmäßigen Aus-  
269 tauschprogrammen im ehrenamtlichen Bereich, z. B. bei Sport-, Musik- und Kulturvereinen, soll Menschen aus allen  
270 gesellschaftlichen Schichten vereinen. Nur aus einer Kombination von physischer und sozialer Vernetzung kann ein  
271 gemeinsames europäisches Verständnis geschaffen werden.

### 272 3) Soziale Gerechtigkeit

273 Der Neoliberalismus und die Sparzwänge in den letzten Jahren haben in Europa eine Spur der Verwüstung hinterlas-  
274 sen. Sie haben erst die Bühne bereitet für nationalistische Bewegungen, Abschottung und Existenzangst. Die Armut  
275 in Europa wächst; trotz überwundener Wirtschaftskrisen lebt noch immer ein Viertel der Europäer\*innen in Armut  
276 oder ist davon bedroht. In manchen Mitgliedsstaaten sind es sogar bis zu 38,9 %. Die Jugendarbeitslosigkeit ist riesig,  
277 die soziale Infrastruktur verfällt oder existiert bereits gar nicht mehr.

#### 278 a) Sozialstaatlichkeit

279 Daher brauchen wir als Antwort einen klaren gesellschaftlichen Konsens für Gerechtigkeit und Solidarität. Unser Ver-  
280 teilungskampf darf nicht an der Staatsgrenze aufhören, er muss europäisch ausgetragen werden. Künftig versuchen  
281 wir all unsere Forderungen auch auf Europäischer Ebene durchzusetzen. Die wichtigste Aufgabe der Union muss die  
282 grundsätzliche Absicherung aller Europäer\*innen sein.

283 Wir wenden uns dabei klar von der schwarzen Null ab. Der Sparzwang und massive Privatisierungen haben dazu  
284 geführt, dass Gesellschaften auseinanderdriften, Menschenrechte in Frage gestellt werden und eine zunehmende  
285 Verelendung der Menschen stattfindet.

286 Als eine wesentliche Ursache sozialer Ungleichheit, Spaltung und Abgrenzung erkennen wir den Widerspruch zwi-  
287 schen Kapital und Arbeit. Während im Rahmen der so genannten „Wettbewerbsfähigkeit“ Rationalisierungen an Ar-  
288 beitsprozessen beschlossen werden, sinken die Löhne. Arbeitnehmer\*innen haben kaum Möglichkeiten, sich dage-  
289 gen zu wehren. Dieser Widerspruch zwischen der geleisteten Arbeit und dem Kapital kennzeichnet alle kapitalisti-  
290 schen Systeme und äußert sich europaweit ganz konkret in prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen.

291 Sozialer Ungleichheit stellen wir das Prinzip der Sozialstaatlichkeit im Rahmen eines sozialen Europas entgegen. Wir  
292 stellen uns die Frage nach Sozialstaatlichkeit und antworten entsprechend unserer Idee von Europa: Die wichtigste  
293 Aufgabe des Sozialstaates ist die Grundsicherung aller Menschen, die in Europa leben. Der Ausgangspunkt eines  
294 Sozialstaats muss die soziale Gleichheit sein – gerade in Zeiten, in denen sich der Widerspruch zwischen Vermögenden  
295 und Lohnabhängigen immer mehr verstärkt.

#### 296 *Wirtschaftliches Wachstum und Kohäsion*

297 Die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Mitgliedsstaaten weist bis heute eine große Disparität auf. Das  
298 Gefälle zwischen Süden und Norden sowie zwischen Osten und Westen der Union trägt bis zum heutigen Tage ge-  
299 koppelt an eine neoliberale Wirtschaftsordnung dazu bei, dass soziale Unterschiede verstärkter zu Tage treten. Die  
300 Finanzkrise hat diesen Unterschied nur verstärkt und beschleunigt.

301 Aufgabe sozialdemokratischer Politik muss es sein, diese Logik zu brechen. Aus diesem Grund ist ein Investitionsfonds  
302 zu etablieren, der einfach und unbürokratisch Mittel zum Aufbau von Infrastruktur im wirtschaftlichen, sozialen sowie  
303 im Energie- oder Bildungsbereich sicherstellt. Ziel ist es, die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft innerhalb  
304 der europäischen Regionen mittelfristig anzugleichen, aus der eine Steigerung des Lebensstandards und Kaufkraft  
305 resultieren soll.

306 Der Fonds finanziert sich aus einer europaweiten Abgabe, die direkt an die Unionskasse abzuführen ist.

#### 307 b) Arbeitsmarktpolitik

##### 308 aa) Mindestlohn

309 Wir fordern die Schaffung eines europaweiten gesetzlichen Mindestlohns, bei dem anders als in Deutschland nicht  
310 eine klare Zahl festgelegt wird, sondern je nach Land ein Spielraum verbleibt, sowie vergleichbare Arbeits- und Aus-  
311 bildungsbedingungen in allen Mitgliedsstaaten. Dadurch sichern wir einen schrittweisen, aber auch sichtbaren und  
312 spürbaren Weg hin zur Angleichung der Arbeits- und Lohnbedingungen in der Europäischen Union und damit mehr  
313 soziale Gerechtigkeit innerhalb der EU. Dazu gehört für uns ebenso als fundamentales Prinzip der Gedanke der glei-  
314 chen Entlohnung für gleich(wertige) Arbeit am gleichen Ort.

315 Wo die Steuerungsmechanismen des Arbeitsmarktes versagen, ist durch die Union mit einem staatlichen Arbeits-  
316 marktprogramm entgegenzuwirken. Insbesondere in Bereichen, die nicht dem profitorientierten Wirtschaften zuzu-  
317 rechnen sind, ist ein europaweiter Arbeitsmarkt für soziale Berufe und Sicherstellung von Infrastruktur einzurichten.  
318 Dieser umfasst im Besonderen sensible Bereiche wie Pflege, Gesundheitsversorgung, Bahnverkehr und Versorgung  
319 mit Telekommunikationsinfrastruktur sowie der allgemeinen Daseinsvorsorge.

320 Grundvoraussetzung für gute Arbeit ist eine gute Ausbildung. Wir wollen auch hier Vergleichbarkeit und Mindest-  
321 standards einführen. Oberste Prämissen sind hierbei Sicherheit und gute Perspektiven für Auszubildende. Daher soll  
322 ein vergleichbarer Standard dualer Ausbildung, ähnlich dem deutschen Modell, ausgearbeitet werden. Um auch in  
323 der Ausbildung einen fairen Lohn sicherzustellen, fordern wir weiter einen europäischen Mindest(auszubildenden)-  
324 Vergütungskorridor, also einen festzulegenden Rahmen für Vergütungen, der den Lebenshaltungskosten in den ein-  
325 zelnigen Mitgliedstaaten Rechnung trägt; Außerdem fordern wir eine Ausbildungsgarantie: Alle Unternehmen mit mehr  
326 als 10 Beschäftigten sollen dazu verpflichtet werden, auszubilden. Betriebe, die nicht oder in zu geringem Umfang  
327 ausbilden, leisten Umlagezahlungen an einen Ausbildungsfonds und beteiligen sich somit an den Ausbildungskosten.

#### 328 *bb) Streikrecht und betriebliche Mitbestimmung*

329 Flächendeckende, allgemeinverbindliche durch die Sozialpartner\*innen ausgehandelte Tarifverträge sind das Ziel  
330 unseres lohnpolitischen Strebens. Tariffucht oder gar die Vermeidung von Einbindung in tarifliche Verpflichtungen  
331 wollen wir auf europäischer Ebene gesetzlich unterbinden.

332 Wir fordern ein europäisches Streikrecht und betriebliche Mitbestimmung in allen Mitgliedstaaten. Die gleichberech-  
333 tigte Beteiligung europäischer Betriebsrät\*innen am politischen Prozess ist Zielsetzung unseres politischen Han-  
334 delns. An europäischen Verhandlungstischen sind Gewerkschaften als eine\*r der maßgeblichen gesellschaftlichen  
335 Akteur\*innen mindestens gleichberechtigt mit den anderen Partner\*innen zu beteiligen. Um dieses sicherzustellen,  
336 ist ein europäische gesetzliche Regelung zu schaffen.

337 Dieses Ungleichgewicht in der Vertretung von Arbeit und Kapital in Europa gilt es zu beseitigen. Es ist nötig, die Ge-  
338 werkschaftsbewegung auch auf europäischer Ebene so zu stärken, dass sie den Kampf für soziale Standards und De-  
339 mokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche mittragen kann. Internationalen Betrieben müssen Vertreter\*innen  
340 der Arbeitnehmer\*innen entgegenstehen, die

341 Interessen der Belegschaften auch auf internationaler Ebene verteidigen können. Die Bedingungen für gute Arbeit  
342 und guten Lohn dürfen nicht länger an nationalen Grenzen haltmachen. Das bedeutet konkret etwa eine Schärfung  
343 bestehender Entsenderichtlinien

#### 344 *cc) Rechtsanspruch auf Arbeit*

345 Wir fordern die Einführung eines EU-weiten Rechtsanspruchs auf Arbeit. Dabei stellt die EU die Finanzierung bereit  
346 und die jeweilige Kommune den Arbeitsplatz. Die Beschäftigung erfolgt mindestens auf Mindestlohniveau, soll aber  
347 weder bestehende öffentliche noch private Arbeitsplätze ersetzen.

348 Mit dem Rechtsanspruch auf Arbeit bekämpfen wir einerseits die lang anhaltende Arbeitslosigkeit, die insbesondere  
349 junge Menschen betrifft. So hat ein Viertel bis die Hälfte aller fertig ausgebildeten Menschen unter 25 in Griechen-  
350 land, Spanien, Italien und Portugal keine Arbeitsstelle. Andererseits können die Kommunen selbst entscheiden, wo  
351 sie Arbeitskraft brauchen können. Denkbar sind z. B. die Unterstützung älterer Menschen im Haushalt, Geflüchteten-  
352 hilfe, Begleitservices bei S- und U-Bahn oder Assistenz-Tätigkeiten in Kitas und Schulhorten. Außerdem schützt der  
353 Rechtsanspruch auf Arbeit die EU vor einer tiefen Rezession in der nächsten Wirtschaftskrise. Menschen rutschen  
354 nicht aus Arbeit in die Arbeitslosigkeit, sondern werden durch die kommunale Beschäftigung aufgefangen. Dies hält  
355 die wirtschaftliche Nachfrage stabil und verhindert Kaskadeneffekte wie steigende Gesundheits- und Sozialausgaben  
356 („makroökonomischer Stabilisierungsmechanismus“). Zudem bekämpft das Recht auf Arbeit die erzwungene Migrati-  
357 on in Europa. Während viele Europäer\*innen die Freizügigkeit in der EU freiwillig und gerne in Anspruch nehmen, ha-  
358 ben andere keine Wahl. Insbesondere in Süd- und Osteuropa sind viele gut ausgebildete Menschen gezwungen, nach  
359 Deutschland oder in andere nordeuropäische Länder auszuwandern. Dies verschärft sich in Krisenzeiten. Während  
360 die Empfänger\*innenländer die zusätzlichen Fachkräfte gut brauchen können, fehlen sie gleichzeitig den Entsendel-  
361 ändern. Es entsteht ein Teufelskreis, bei dem Gemeinschaften auseinandergerissen werden und ganze Landstriche  
362 verlassen zurückbleiben. Recht auf Migration darf nicht Pflicht zur Migration werden! Ein Anspruch auf Arbeit am  
363 aktuellen Wohnsitz fördert die freie Wahl des Lebensmittelpunkts in Europa.



364 *c) Europäisches Sozialversicherungssystem*

365 Die Herausforderung der wachsenden Armut kann nur europäisch gelöst werden. Es ist also an der Zeit, unsere natio-  
366 nalen und auch sehr ungleichen Sozialversicherungssysteme zu vernetzen und somit ein überall gleich gutes Leben  
367 zu garantieren. Ziel ist eine schrittweise Angleichung der Sozialstandards in der europäischen Union zur Schaffung  
368 einer gerechten Sozialversicherungsordnung. Dies muss sich besonders auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge  
369 niederschlagen. Um allgemeinverbindliche Standards zu gewährleisten, basiert diese Versorgung auf einem vernetz-  
370 ten europäischen Sozialversicherungssystem. Dieses darf unter keinen Umständen den Einflüssen einzelner reaktio-  
371 närer oder religiös einschränkender Regierungen der Mitgliedstaaten ausgesetzt sein. Dieses umso mehr, als dass  
372 wir den uneingeschränkten Zugang zu grundlegenden Behandlungs- und Medikationsmaßnahmen sicherstellen. Das  
373 Aussparen von Reproduktionsmedizin, wie in einigen Mitgliedstaaten durchgesetzt, wollen wir durch diese Politik ak-  
374 tiv umgehen.